

# Nach den Olympischen Spielen: Weiter Druck auf Peking ausüben



Lange Zeit hieß es, die Olympiade sei die letzte Chance für Tibet, eine echte Autonomie durchzusetzen. Dem ist nicht so. Die Zeit nach den Spielen bietet einige Perspektiven - vorausgesetzt, China gibt seine Blockadehaltung auf und Europa verabschiedet sich von seiner Politik des Kotalaus.

Am Ende waren alle zufrieden, auch wenn IOC-Chef Jacques Rogge einräumte, das Olympische Komitee „könne nicht alle Krankheiten der Welt heilen“. Für ein paar Nadelstiche in Peking sorgten Tibet-Aktivistinnen mit der verbotenen Nationalfahne oder einem illuminierten „Free Tibet“-Plakat vor dem Vogelneest.

Die Situation in Tibet bleibt angespannt. Die Klöster sind streng bewacht, Journalisten durften das Land nicht besuchen, denn es galt, Proteste zu verhindern. Trotzdem: Die Zufriedenheit, die Chinas Führung nach den Spielen ausstrahlt, könnte eine Chance für Tibet sein. Die Kommunistische Partei hat den erwünschten Propaganda-Erfolg eingefahren. Vielleicht kann sie jetzt an ihren ideologischen Vater Deng Xiaoping erinnert werden, der mit Blick auf Tibet sagte: „Wir können über alles reden, nur nicht über die Unabhängigkeit.“ Damit befindet er sich viel näher an der Position des Dalai Lama, als die Rhetorik der chinesischen Führung glauben machen will.

Auf die Frage, warum es dennoch bislang zu keiner Lösung der Tibet-Frage gekommen ist, antworten Sinologen zumeist mit einem Hinweis auf „die Psyche der Chinesen“. Die Führung fürchte, bei Konzessionen gäben sich die Tibeter nicht mit einer substanziellen Autonomie zufrieden, sondern forderten Unabhängigkeit. Das wiederum könnte einen Dominoeffekt auslösen. Die Sowjetunion und Jugoslawien ließen grüßen. Eine reale Basis hat diese Angst nicht. Im chinesischen Staatsverband stellen 94 Prozent „Han-Chinesen“ die staatliche Einheit nicht infrage, wie damals in der Sowjetunion, wo die Russen nur knapp 50 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

Konfliktlösungen aus allen Teilen der Welt belegen, dass echte Autonomie das sicherste Mittel gegen Sezessionsbestrebungen ist. Die Erfahrungen reichen von Südtirol bis Irakisch-Kurdistan; von Quebec über das Baskenland bis ins indonesische Aceh. Der Westen hat daher die Verantwortung, China davon zu überzeugen, dass echte Autonomie für Tibet nicht das Ende der Volksrepublik bedeutet. China

gewönne sogar an internationaler Reputation. Die europäischen Regierungen müssen jedoch selbstbewusster auftreten. „Wer den Kotalaus vollzieht, wird nicht geachtet,“ lautet eine alte chinesische Weisheit.

## Schluss mit den Kotalaus

Nicht nur Tibet-Unterstützer, auch Völkerrechtler bestreiten, dass China einen legitimen Rechtsanspruch auf Tibet hat, darunter der gewiss nicht parteiische Wissenschaftliche Fachdienst des Deutschen Bundestags. Die Aussage, Tibet sei ein integraler Bestandteil Chinas, orientiert sich allein an der Macht des Faktischen. Wenn der Dalai Lama auf Unabhängigkeit verzichtet, dann ist das ein großes Entgegenkommen, das von der westlichen Welt sehr viel stärker honoriert und an Peking vermittelt werden muss.

Würden couragierte westliche Politiker diese Vermittlungsarbeit leisten, dann könnten sich die Perspektiven für den tibetisch-chinesischen Dialog verbessern, der im Oktober 2008 wieder aufgenommen wird. Nach sieben ergebnislos verlaufenen Runden geht es dann, wie Kelsang Gyaltzen in einem Interview mit dem *Spiegel* sagte, schon fast um alles oder nichts. Jetzt ist es an der Zeit, dass die EU ihre Initiativen wieder neu startet, z.B. zur Einsetzung eines Tibet-Beauftragten. Das wäre ein starkes Signal an Peking.

Doch woran es bislang mangelt, ist Mut und das Interesse an der Situation in Tibet. Die EU erweckt den Eindruck, dass es ihr bei der Menschenrechtsfrage vor allem darum geht, gegenüber China moralisch zu punkten, ohne die Regierung zu vergraulen und die Geschäfte zu behindern. Dieser halbherzigen Politik können nur die Unterstützerguppen entgegenwirken. Sie müssen weiter die internationale Öffentlichkeit aktivieren. Den ungelösten Tibet-Konflikt auf die Agenda der Politik zu setzen, ist jetzt erst recht ihre Aufgabe.

Klemens Ludwig